

Interpellation 189

Vergabepaxis des Stadtrates bezüglich Servicegebäude auf dem Bundesplatz wirft Fragen auf

Gianluca Pardini und Lena Hafen namens der SP-Fraktion vom 13. Juli 2022

In der Medienmitteilung vom 12. Juli 2022 zum B+A 18/2022 lässt der Stadtrat verlauten, dass er die Initiative «Für den Erhalt des Servicegebäudes und der Lindenbäume am Bundesplatz» zur Annahme empfiehlt. Weiter führt er aus: «Private möchten im Gebäude ein kleines Gastrolokal einrichten. Der Stadtrat ist bereit, die nicht amortisierten Investitionen der Privaten zu übernehmen, sollte das Gebäude wegen des rund um den Bundesplatz geplanten kantonalen Strassenprojekts dereinst rückgebaut werden müssen.»

Die Interpellant*innen bitten um Beantwortung folgender Fragen:

1. Im Initiativtext steht: «Die Stadt Luzern trifft die erforderlichen Massnahmen, um das Areal mit dem Servicegebäude und den Linden am Bundesplatz einer öffentlichen und langfristig gesicherten Nutzung zuzuführen. Dies erfolgt unter Anwendung denkmalpflegerischer sowie planungs- und zivilrechtlicher Mittel.» Wie kommt der Stadtrat zum Schluss, dass er sich für eine dereinstige Umsetzung zu einem Konzessionsvertrag mit Privaten verpflichtet? Wurden alternative Umsetzungen des Initiativtextes geprüft? Wie steht der Stadtrat dazu, dass einzelne Initianten zugleich künftige Gesellschafterinnen der künftigen Umnutzung resp. des geplanten Gastronomiebetriebs sind?
2. In der Antwort des Stadtrates auf die Interpellation 158 (2018) wird festgehalten, dass der Stadtrat das Vorgehen und die Kriterien für die Ausschreibung und Vergabe von Gastronomienutzungen auf öffentlichem Grund definiert hat und anwendet. Weshalb hält der Stadtrat trotz verbindlichen Regelungen an der Abgabe dieses Gebäudes ohne Ausschreibung fest? Inwiefern lässt sich dieser Entscheid mit der kantonsgerichtlichen Rechtsprechung zu Vergabe auf und von öffentlichem Grund an Private zu wirtschaftlichen Zwecken und der mittlerweile geänderten Vergabepaxis der Stadt vereinbaren?
3. Der Stadtrat kommt zum Schluss, dass an der ursprünglich an die Initianten abgegebenen Zusage aus dem Jahr 2012 festzuhalten sei. In welcher Form hat der Stadtrat im Jahr 2012 den privaten Interessenten eine Zusicherung gegeben (von wem, an wen, unter welchen Bedingungen genau)? Gibt es schriftliche Vereinbarungen? Wie begründet der Stadtrat die Berufung auf den Vertrauensschutz konkret? Hat er diese Frage rechtlich abklären lassen? Sieht der Stadtrat die aufgeführte ursprüngliche Bedingung, dass für die öffentliche Hand durch die Realisierung des Projekts keine Kosten entstehen, mit seinem Vorschlag (Übernahme Kostenrisiko) als erfüllt an?

4. Der Stadtrat erwähnt, dass «die Initiantinnen und Initianten während Jahren erhebliche finanzielle Mittel und viel Engagement in ihr Projekt 'Café Fédéral' gesteckt» hätten und somit die Abgabe gerechtfertigt sei. Ist dem Stadtrat die Summe privat getätigter Investitionen bekannt? Ab welcher Summe rechtfertigt der Stadtrat die oben zitierte Aussage? Gibt es dazu eine generelle Praxis?
5. Wie rechtfertigt der Stadtrat, dass er zu einer Übernahme eines grundsätzlich privaten Risikos von nicht amortisierten Kosten bereit ist, welche infolge einer Realisierung des kantonalen Strassenprojekts entstehen? Gibt es vergleichbare Fälle, zu denen sich der Stadtrat zur Übernahme von privaten Risiken bei Umnutzungen von öffentlichen Liegenschaften verpflichtet hat?
6. Die Initiative betont den architekturhistorischen Wert der Liegenschaft. Weshalb kommt der Stadtrat zum Schluss, beim Kanton den entsprechenden Antrag, die Liegenschaft unter Denkmalschutz zu stellen, nicht zu stellen? Was war der Inhalt des Gesprächs von Anfang Februar 2022 zwischen dem Kanton und den Stadtbehörden, der die Stadt offenbar zu diesem Entscheid bewog? Welche Bedingungen müssten aus Sicht des Stadtrates erfüllt sein, um die Liegenschaft unter Denkmalschutz zu stellen?
7. Welche weiteren Möglichkeiten einer Umnutzung/Umgestaltung sieht der Stadtrat abgesehen von einer gewerblichen Umnutzung des Servicegebäudes? Ist eine Aufwertung im Sinne des B+A 9/2018 «Attraktive Luzerner Innenstadt» nochmals in Betracht zu ziehen? Wie steht der Stadtrat zur Idee, bereits etablierte Institutionen in der Nähe des Bundesplatzes in die Überlegungen einzubeziehen?